

Romportlová, Marta

Die Handelspolitischen Beziehungen zwischen der Bourgeoisien ČSR und Horthyungarn als Ausdruck der Entwicklungstendenzen der Zwischenkriegszeit in Mitteleuropa

In: Romportlová, Marta. *ČSR a Maďarsko 1918-1938 : bezprostřední vývojová báze a průběh obchodně politických vztahů*. Vyd. 1. Brno: Universita J.E. Purkyně, 1986, pp. 113-120

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/122217>

Access Date: 06. 03. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

DIE HANDELPOLITISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BOURGEOISEN ČSR UND HORTHYUNGARN ALS AUSDRUCK DER ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT IN MITTELEUROPA

Im Jahre 1918 zerfiel das symbiotische Gebilde der österreichisch-ungarischen Monarchie, und auf seinen Trümmern entstanden binnen kurzer Zeit neue Staaten, deren Kontakte untereinander und zum übrigen Europa auf dem Versailler Vertragswerk beruhten. Es dauerte knapp 20 Jahre, und die Regelung von Versailles fiel ihrer eigenen Widersprüchlichkeit zum Opfer; es kam die Krise von München und der September des Jahres 1939. Eine wichtige Komponente dieser Entwicklung war das tschechoslowakisch-ungarische Verhältnis, und das wachsende diesbezügliche Interesse der Historiker ist durchaus gerechtfertigt.

In unsere Studie haben wir versucht, den Kreis von Problemen zu umreißen, die ihrer Lösung harren, und einige der anstehenden Fragen mit Hilfe noch unerforschten archivalischen und statistischen Materials zu beantworten. Wir haben uns einem fast unerschlossenen Gebiet – selbstverständlich abgesehen von der umfangreichen zeitgenössischen Literatur – zugewandt und wissen sehr wohl, dass wir vorläufig nicht mehr bieten können als eine genau umgrenzte Sondierung. Um an die geschichtswissenschaftlich bereits geklärte Problematik anschließen zu können, wählten wir zu unserem Thema die handelspolitische Beziehungen, in denen die Wirtschaftsbeziehungen auf dem Niveau der hohen Politik und in weiteren mitteleuropäischen Zusammenhängen zum Ausdruck kommen. Beschrieben und gedeutet können sie auf die Lösung spezieller Korrelationsprobleme hinweisen, die in jener Zeit von ökonomischer Aktualität waren – Reparationszahlungen, optionsrechtliches Verfahren, Valuten- und Finanzpolitik, Warenaustausch, Expansion des Kapitals, Ausgleich der Handelsbilanzen, Verkehr und Transit, gemeinsame und reziproke Wirtschaftsinstitutionen u. a. Der Einblick in diese Bereiche kann sich auch beim Studium von Fragen allgemeineren Interesses als förderlich erweisen, z. B. welchen Platz beide Länder in der internationalen Arbeitsteilung einnahmen, oder schliesslich auch die komplexe Interpretation der politischen und ökonomischen Entwicklung Mitteleuropas.

Die tschechoslowakisch-ungarischen ökonomischen Kontakte und Beziehungen der Zwischenkriegszeit standen im Zeichen einer geschichtlich bedingten Zwielspältigkeit. Einerseits waren beide Länder unter diametralen Umständen als selbstständige Staaten einem System entronnen, zu dem sie ein grundverschiedenes Verhältnis hatten; daraus resultierte eine dauernde Spannung und Aversion. Auf der anderen Seite waren beide Länder Nachfolgestaaten der Vielvölkermonarchie, in der sie, wenn auch nichtausgewogener, doch in Koexistenz und in zahllosen, in einem so grossen Zollgebiet natürlichen wirtschaftlichen Verflechtungen gelebt hatten.

In Übereinstimmung mit der Entwicklung beider Länder können unserer Ansicht nach die handelspolitischen Beziehungen in folgende politisch und ökonomisch relevanten Zeitabschnitte eingeteilt werden: I. 1918–1920 – von der Entstehung bis zur endgültigen Konsolidierung beider Staaten und bis zur Unterzeichnung des Vertrages von Trianon. II. 1921–1923 – die Zeit der Nachkriegskrise bis zum Beginn der wirtschaftlichen Konsolidierung Ungarns; die Etappe der ersten Grundsatzgespräche über wirtschafts- und handelspolitische Fragen. III. 1924–1927 – beide Länder vollenden den Strukturwandel ihrer Nachkriegswirtschaft und machen ihren politischen Standort im Verhältnis zu dem jeweils anderen Nachbarstaat deutlich; der erste ordnungsgemässe Handelsvertrag wird vorbereitet. IV. 1927–1930 – der erste reguläre Handelsvertrag in Kraft. V. 1931–1936 – Zollkrieg, Beilegung und Nachwirkungen. VI. 1936–1939 – zweiter Handelsvertrag in Kraft.

Tradition und Auswirkungen der Vorkriegsentwicklung gaben der wirtschaftlichen Koexistenz beider neuen Staaten eine breite Basis. Die Auflösung der allzu engen Symbiose ermöglichte ihnen überdies eine eigenständige Eingliederung in die sich neu gestaltende internationale Arbeitsteilung. Den künftigen ökonomischen Beziehungen zwischen der ČSR und Ungarn sollten, wenn auch nur zeitweilig, die fortbestehenden alten, sich in ihrer Unterschiedlichkeit gegenseitig ergänzenden Wirtschaftsstrukturen beider Länder das Gepräge geben. Für die tschechische Industrie war Ungarn zu einem wichtigen Absatzgebiet geworden, umgekehrt deckten die ungarischen Latifundien einen Grossteil des Nahrungsmittelbedarfs der tschechischen Länder, sei es durch Fertigprodukte oder durch Grundstoffe für die Nahrungsmittelindustrie. Die in der ungarischen Wirtschaft seit Beginn des Jahrhunderts bestehenden Tendenzen zum Isolationismus wollen wir dabei weder unbeachtet lassen noch überwerten. Es handelt sich vor allem um die Expansionsversuche des Budapester Kapitals auf dem Balkan, um die Industrialisierungsbemühungen, den Bau eines konzentrischen Verkehrssystems, um finanz- und zollpolitische Lösungen u. a. Die bescheidene Position der Monarchie im Europa- und Welthandel und der rege Innenmarkt machten die tschechischen Länder und Ungarn zu wichtigen Partnern. Der Fortbestand der Nachbarschaft beider Partner nach dem Kriege war gleichbedeutend mit dem Fortbestand der aus ihr resultierenden und ausbaufähigen wirtschaftlichen Vorteile. Für die Kalkulation der Export- und Importpreise war das geographische Nebeneinander von grosser Bedeutung. Ungarn stellte der ČSR seine Eisenbahnen und Flusswege für den Warenverkehr mit anderen Ländern zur Verfügung. Die Ambitionen des Budapester Kapitals, den Güteraustausch mit Südosteuropa zu koordinieren hatten das Kriegsende überdauert. In einer Zeit, da die ČSR als neues Staatgebilde die wirtschaftlichen Verbindungen einschl. der Verkehrswege zwischen ihren östlichen und westlichen Teilen erst zu gestalten begann, konnte die ungarische Metropole nicht von einem Tag auf den anderen ihre Schwerpunktsstellung innerhalb der transleithanischen Wirtschaft einbüßen.

In Wirklichkeit kamen die optimalen Voraussetzungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung nur in geringsten Masse zum Tragen. Die Bourgeoisie und die Grossgrundbesitzer an der Spitze der Nachfolgestaaten waren bestrebt, ihre Macht und internationale Geltung durch ökonomische Mittel zu stärken und betreten den Weg nationalistischer Wirtschaftspolitik. Sie errichteten Zollbarrieren, griffen zu restriktiven und prohibitiven Massnahmen und forderten intensiv die heimische Wirtschaft. In den ersten Nachkriegsjahren hatten alle Länder unter einer akuten Wirtschafts- und Finanzkrise zu leiden, in deren Folge überall in Europa ein Trend zum Schutz der heimischen Industrie deutlich wurde, allerdings mit vielerorts intermittierenden Tendenzen zum Freihandel.

Den ersten Zeitabschnitt, die Jahre 1918—1920, charakterisiert die Spontaneität der Kontaktpflege vor dem Hintergrund der politischen Spannung der Nachkriegszeit und eines aufgelösten Marktes. Trotz der vielen offenen Rechtsfragen und des komplizierten Bewilligungsverfahren war der Warenaustausch ein sehr umfangreicher; sein Volumen stellte ein Vielfaches des in den dreissiger Jahren erreichten dar. Die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der ČSR und Ungarn stand im Zeichen eines harten Kampfes um die endgültige Gestalt des Friedensvertrages, der die Normalisierung des Verhältnisses beider Länder zueinander nicht eben förderte. Überdies war die gemeinsame Grenze bis in den Herbst des Jahres 1919 hinein Schauplatz und Objekt politischer und militärischer Auseinandersetzungen, die dem Abzug der ungarischen Truppen aus der Slowakei Ende 1918 folgten und die Intervention tschechoslovakischer Einheiten gegen die ungarische Räterepublik im Jahre 1919 begleiteten.

Im Friedensvertrag von Trianon musste sich Ungarn drückenden Bedingungen unterwerfen, sich zu Reparationszahlungen, zur Parzellierung staatlichen Eigentums verpflichten und handelspolitische Zugeständnisse machen. Allerdings fanden sich die herrschenden Kreise Ungarns trotz Unterzeichnung und Ratifizierung mit dem Vertrag nicht ab. Sie fühlten sich in ihren Interessen in der Slowakei und der Karpato-Ukraine nicht nur durch die neue Grenzziehung getroffen. Mit der gegen die Beteiligung ausländischen Kapitals an der Wirtschaft der ČSR gerichteten sog. Nostrifizierungsaktion schwächte die tschechoslowakische Bourgeoisie den Einfluss des ungarischen Kapitals in der Slowakei zugunsten heimischer Kapitalträger, vor allem der Živnobanka, Legiobanka und Agrární banka. Zu einer anderen Quelle

langwieriger Konflikte zwischen beiden Länder wurde die tschechoslowakische Bodenreform. Die diesbezüglichen Schlichtungsverhandlungen konnten erst an der Wende der 20er zu den 30er Jahren abgeschlossen werden.

Die handelspolitischen Konzepte beider Länder gingen in diesem Zeitabschnitt noch weit auseinander. Die herrschenden Kreise Ungarns gaben sich noch ziemlich liberal — die industrielle Grossbourgeoisie griff später nie Regierung heftig an und warf ihr vor, nicht einmal im Vertrag von Trianon enthaltenen Möglichkeiten genutzt zu haben. Hingegen unterwarf die tschechoslowakische Regierung den Aussenhandel einem strengen Reglement, zu dessen Trägern Syndikate und später das Amt für Aussenhandel wurden. Trotz der unterschiedlichen Vorstellungen war das erste bekannte Warenaustauschabkommen ein typischer Kompensationsvertrag, wie sie in jenen Jahren Regierungsorgane beider Länder zu vereinbaren pflegten. Angesichts des Verfalls und der Verunsicherung von Währung, Verkehr und der politischen Verhältnisse war es schwierig eine andere Lösung zu finden. Das Abkommen wurde am 6. 10. 1919 von der Handelspolitischen Abteilung der CSR — Vertretung in Budapest und vom ungarischen Finanzministerium getroffen. In der Art, wie die Kompensationsverträge erfüllt wurden, und in den Entscheidungen, welche Waren für den Austausch freigegeben werden sollen, kommt das Streben nach unmittelbarer Kontrolle des Handelsverkehrs deutlich zum Ausdruck. Die tschechoslowakische Regierung schätzte Wirtschaftsbeziehungen als Mittel politischen Druckes. Sie lehnte eine Liberalisierung ab und berief sich auf die Gespräche, die sie mit Österreich führte und deren Ergebnis zu einem Präzedenfall für Ungarn werden sollte. Die Tschechoslowakei war bestrebt, die wirtschaftliche Position Wiens und Budapests in Mittel — und Südosteuropa so zu schwächen, dass die nie wieder zu Zentren jener politischen Vormacht werden könnten, die sie früher vorgestellt hatten. Die herrschenden Kreise Ungarns verfolgten genau entgegengesetzte Ziele, wie sie dem überspannten Nationalismus und den totalitären Tendenzen des Regimes entsprachen. Alle Wirtschaftsbeziehungen, vor allem die handelspolitischen, vollzogen sich in der Folge unter zahllosen Komplikationen, Kontroversen und Verzögerungen, die ihre Intensität und Effizienz wesentlich minderten. Ende Juni 1920, nach der Unterzeichnung der Verträge von Trianon, bot die Regierung der CSR Verhandlungen über den Warenaustausch an. Die ungarische Regierung akzeptierte zwar das Angebot, doch forderte sie die Aufhebung des über einige wichtige Waren verhängten Boykotts. Mit diesen Auseinandersetzungen waren die handelspolitischen Gespräche des Jahres 1920 beendet.

In Wirklichkeit entwickelten sich die Handelskontakte und der gegenseitige Warenaustausch anders, als es die rungen und auch die vorsichtigen Sondierungsgespräche, in denen Verhandlungen auf höchster Ebene vorbereitet werden sollten, hätten vermuten lassen. Besonders in der Slowakei, deren Ost- und Südgrenze für den Handel kein ernstes Hindernis darstellte, war die Praxis eine sehr liberale. Tatsächlich hatte der tschechoslowakisch-ungarische Warenaustausch einen grossen Umfang — auch wenn wir die Auswirkungen der Inflation in Rechnung stellen.

Im ersten Dezennium der Nachkriegszeit trat ohne allmähliche Abschwächung der alten Bindungen ein, ohne dass an ihrer Stelle in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und dem Königreich Ungarn neue Bindungen von essentieller Relevanz wirksam geworden wären. Einen solchen Ersatz verhinderten die Unstimmigkeiten zwischen der der französischen Einflussphäre in Mitteleuropa angehörenden Tschechoslowakei und dem revisionistischen Ungarn und die internationalen Auswirkungen dieser Unstimmigkeiten. Die politischen Gegensätze wurden noch verschärft durch den unterschiedlichen Leistungsstand der Produktion, die unterschiedliche Finanzpolitik und die Rivalität mancher Wirtschaftszweige. Die tschechoslowakischen Industriellen und die ungarischen Grossgrundbesitzer waren auch weiterhin an Kontakten interessiert, doch war des Einfluss beider inzwischen schwächer geworden: in Ungarn verloren die Grossgrundbesitzer an politischem Gewicht zugunsten der Industrie, in der CSR die Industriellen zugunsten des Grossgrundbesitzes. Die neu Emporgekommenen praktizierten gegenüber der jeweils gleichen Kapitalistengruppe des anderen Landes, aber auch gegenüber den heimischen Machtkonkurrenten eine kompromissfeindliche Rivalität.

In den Jahren 1921—1923 dauerte der Antagonismus zwischen den herrschenden Kreisen beider Länder unvermindert an, doch in einer der fortschreitenden Konsolidierung der europäischen politischen Verhältnisse verpflichteten Modifikation.

Die im Jahre 1921 eingeleiteten Verhandlungen über den Abschluss eines ordnungsgemäßen Handelsvertrages kamen nur mühsam vorwärts über die bereits zur Tradition gewordenen Vorstufen (Kompensationsabkommen) und durch ein Gewirr negativer Einflüsse (z. B. die Restaurationsversuche in Ungarn und die entsprechende Reaktion der Kleinen Entente) und der oft nur nebelhaften Ergebnisse derrer Konferenzen von Portorosso und vor allem von Genua. Gegenstand der Verhandlungen waren drei Themenkreise: das Soll und Haben des österreichisch-ungarischen Erbes, die handelspolitischen Grundsätze und die konkreten Vereinbarungen über Waren- und Zahlungsverkehr. Doch nur die letzteren konnten in Form eines umfangreichen Vertragswerks über den üblichen Handelsverkehr unter Dach und Fach gebracht werden, ausserdem nur noch die Lösung einiger Zuweisungsfragen. Die allgemeinen Bestimmungen blieben im Entwurf stecken. Der reguläre Handelsvertrag von 1922 wurde nicht ratifiziert und trat nie in Kraft.

Die ausländische Kreditaufnahme Ungarns im Jahre 1924, die fortschreitende Konsolidierung seiner Währung und der ganzen Wirtschaft, der allmähliche Übergang vom Bewilligungsverfahren zu neuen Zolltarifen auf beiden Seiten, das Auslaufen der Gültigkeit jener Klausel des Trianoner Vertrags, die Ungarn zur Gewährung der Meistbegünstigung an die Entente — und die befreudeten Staaten verpflichtete (diese Bestimmung war nie zur Anwendung gekommen), u. zw. bis 1924 einseitig und bis 1926 auf Grund von Gegenseitigkeit, die Machtverschiebungen in der CSR zugunsten des Agrarkapitals sowie die allgemeine, nur zeitweilig durch eine Zwischenkrise unterbrochene Konjunktur (die Auswirkungen der Weltkrise 1920—1922 hatte die CSR-Wirtschaft infolge der Deflationspolitik noch 1923 zu tragen) — das alles und viele weitere, zweitrangige Elemente wirkten zusammen und machten die Normalisierung der tschechoslowakisch-ungarischen Handelsbeziehungen zur unabdingbaren Notwendigkeit, sollte es nicht zur vollständigen Zerrüttung oder sogar zum Zollkrieg kommen. Der Index des sich aufgrund von Kompensations- und kurzfristischen Abkommen vollziehenden Warenaustausches lag in jenen Jahren ziemlich hoch; die Markt- und Wirtschaftslage beider Länder machte einen regen Warenverkehr notwendig. Nach dem Inkrafttreten der neuen ungarischen Zolltarife und nach dem ökonomischen Konsolidierung Ungarns, die die isolationistischen Tendenzen gegenüber der CSR und den übrigen Ländern der Kleinen Entente „absicherten“ sowie nach dem Sieg der Schutzzollpolitik der tschechoslowakischen Agrarier konnte zum Abschluss erbitterter Verhandlungen am 31. 5. 1927 der erste reguläre Handelsvertrag unterzeichnet werden. Grundlage des Rahmenvertrags war die Meistbegünstigungsklausel, bzw. dort, wo es für beide Seiten vorteilhaft war, das Prinzip der Parität. Der Vertrag war der Schlusspunkt hinter langjährigen, oft von entgegengesetzten Standorten aus entwickelten Anstrengungen, die Handelsbeziehungen zu normalisieren; er war Ausdruck des fortschreitenden Ausbaus der Innen- und Aussenmärkte beider Länder in ihrer nationalistisch bourgeoisen Gestalt, für die in der CSR der agrarische und in Ungarn der industrielle Protektionismus charakteristisch war. Der politische Höhepunkt der Handelsbeziehungen fiel in eine Zeit, und der die Aufwärtsentwicklung des Warenaustausches eigentlich schon beendet war. Die gegenseitigen Lieferungen hatten nämlich im Jahre 1926 ihr Maximum erreicht. Anzeichen einer rückläufigen Entwicklung gab es wohl auch im Gesamtumsatz, besonders stark aber im CSR-Export nach Ungarn. Es gingen sowohl das gesamte Exportvolumen als auch der Anteil Ungarns am tschechoslowakischen Gesamtexport zurück. Die summarischen Daten über der Warenaustausch, dessen — wenn auch absinkenden — Aktivsaldo die tschechoslowakische Regierung zu schätzen wusste, geben jedoch nicht Aufschluss über die weitreichenden Umstrukturierungen, die sowohl auf der Export- als auf der Importseite des CSR-Handels mit Ungarn eingetreten waren. Der Rohstoffexport stieg absolut und auch relativ (vom 29,5 % im Jahre 1924 auf 44,5 % im Jahre 1929). Der Textilwarenexport entwickelte sich in umgekehrter Richtung: Im Jahre 1924 beteiligten sich Textilwaren am CSR-Gesamtexport nach Ungarn mit mehr als der Hälfte, im Jahre 1929 mit nur noch etwas mehr als einem Drittel. Der Anteil der Konsumgüter ging zurück, der Anteil der Rohstoffe stieg. Das waren eben die von Ungarn angestrebten und durch den Zolltarif von 1925 bewirkten Resultate; durch den Handelsvertrag hatte das Programm keine wesentliche Veränderung erfahren. Auch die Struktur des CSR Importes ungarischer Agrarprodukte hatte sich grundlegend gewandelt. Auf beiden Seiten liquidierte die autarkieorientierte Politik die überlieferte Arbeitsteilung und

führte damit zu einem Rückgang und zur Neustrukturierung des früheren Waren-austausches, ohne die Wirtschaftsbeziehungen in anderen Bereichen ausweiten zu vermögen.

Die Tschechoslowakei war ein typisches Exportland, dessen Zahlungsbilanz in hohem Masse von der Aussenhandelsbilanz abhing. Sie war eines der wenigen Länder, die seit Kriegsende eine aktive Handelsbilanz aufweisen konnten. Ungarn war einer der etwa 70 Staaten, zu denen die CSR Handelskontakte unterhielt. Zumeist waren es europäische Staaten, der überseeische Handel stieg jedoch ständig. Auch nach dem jahren Rückfall im Jahre 1922 blieben die Nachfolgestaaten die wichtigsten Absatzgebiete. Nachdem der kompromisslose Protektionismus der einflussreichen Agrarkreise eine Ausweitung des Handels mit Ungarn verhindert hatte und als die chauvinistische Schutzzollpolitik Ungarns sich in der gleichen Richtung bewegte, begann sich die Tschechoslowakei – selbstverständlich auch aus politischen Motiven heraus – um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Kleinen Entente zu bemühen, die die tschechoslowakische Position im Donauraum stärken sollte. Im Jahre 1929 legte die CSR den Grundstein zur Wirtschaftlichen Kleinen Entente.

Ungarn war seit Trianon weit mehr auf seinen Aussenhandel bedacht als in der Vorkriegszeit. Das schwierige politische Verhältnis zu den übrigen Ländern des ehemals integrierten Marktes und die Unfähigkeit, kompensationsversprechende Absatzgebiete zu finden bzw. bereit gefundene zu erhalten verhinderten bis 1929 das erforderliche Wachstum des Aussenhandels. Die regelmässig wiederkehrende pflanzliche Überproduktion, die Möglichkeiten der tierischen Produktion und die vom Staat allseitig geförderten Industrialisierungsprogramme veranlassten die ungarische Regierung zu vielen organisatorischen Massnahmen, die die Situation ändern sollten. Die nicht zu unterschätzenden aussenpolitischen Erfolge des Ministerpräsidenten Bethlen standen im krassen Gegensatz zu dem innenpolitischen Fiasko der Regierung vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. (Eine Besserung trat erst nach 1933 hinein, da die überschüssige ungarische Agrarproduktion durch verwickelte Clearingkanäle in die bodenlosen Vorratsräume des Naziregimes zu fliessen begann.) Die wichtigsten ungarischen Absatzgebiete waren vor und auch nach der Krise die traditionellen Märkte in den Nachfolgestaaten, in Deutschland und auf dem Balkan, wo die Landwirtschaft ebenfalls eine grosse Rolle spielte. Auf Italien, einen der massgebenden Handelspartner, entfiel ein viel geringerer Anteil, als zu erwarten gewesen wäre. Im Jahre 1928 beteiligte es sich am ungarischen Aussenhandelsvolumen mit nur 3,5–4% und auch in den Folgejahren, auch durch die Römischen Protokolle, wurde kein wesentlicher Anstieg erreicht.

Wenn wir den Aussenhandel der Donauländer, vor allem den der industriell und kommerziell hochentwickelten Tschechoslowakei, näher untersuchen, sehen wir, dass diese Staaten ihren internationalen Warenaustausch zum grössten Teil im Donauraum selbst abwickelten. Die Krise, die in dieser Region mit einer gewissen Verspätung, jedoch um so intensiver wirksam wurde, hatte die gegenseitigen Handelsbeziehungen schwer beeinträchtigt; jeder Staat war bestrebt, mit jedem anderen Staat des Donauraumes einen ausgewogenen Warenverkehr zu unterhalten. Unter diesem handelspolitischen Krisenaspekt hatte am meisten die Tschechoslowakei zu leiden, die weitgehende Abhängigkeit der Zahlungsbilanz vom Aussenhandel erwies sich in diesen Jahren als ein grosser Nachteil. Durch die Schutzzölle war der Import von Agrarprodukten auf ein Minimum herabgedrückt worden; Abstriche, die die traditionellen Partner infolgedessen an ihren Exporten von Agrarprodukten in die Tschechoslowakei bei ihren Gegenlieferungen von Industriewaren in Kauf zu nehmen. Überdies war ihr in Deutschland, dessen Industrie billiger, weil rationeller produzierte, ein gefährlicher Konkurrent erstanden, der noch dazu gewillt war, Importaufträge auf Agrarprodukte zu vergeben. Angesichts der Notwendigkeit, auch unter diesen Umständen optimale Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der Kleinen Entente zu unterhalten, war ein Rückgang des Ungarn-Handels nicht zu vermeiden.

Die Autarkiebestrebungen der tschechoslowakischen Landwirtschaft führten einen Konflikt herbei, der im Jahre 1930 in der Kündigung des Vertrages und in einem Zollkrieg gipfelte. Die Vertragskündigung war das einzige Ereignis dieser Art in der Geschichte der tschechoslowakischen Handelspolitik. Das ungarische Industriekapital tendierte ebenfalls zur Monopolisierung seines Innenmarktes und verstand es auch, aus dem Konglomerat der Kompensationsabkommen Nutzen zu ziehen, auf

die sich die tschechoslowakisch-ungarische Handelsbeziehungen in der ersten Hälfte der dreissiger Jahre wieder reduzierten. Beide Seiten holten aus dem Konflikt das Maximum heraus. Ungarn importierte aus der CSR vor allem Rohstoffe für seine industrielle und Bauproduktion und Brennstoffe; es konnte bei Industriewaren seinen Export in die CSR sogar steigern. Die Aussenpolitik von Gömbös sicherte dem ungarischen Grossgrundbesitz als Ersatz für die im Handel mit der Tschechoslowakei erlittenen Einbussen neue Absatzgebiete. Die Last der Verkaufsschwierigkeiten hatte der Klein- und Mittelbauernstand zu tragen, denn das damalige ungarische Machtsystem stützte sich vor allem auf das Industrie- und Finanzkapital und auf den bürgerlichen Mittelstand. Die tschechoslowakische Industrie musste nach neuen Märkten suchen, die für den so vorteilhaften ungarischen Absatzraum Ersatz bieten konnten; neue Kontakte waren nicht immer günstig und auch keineswegs häufig. Der Zollkrieg 1931–1936 hatte eine grundlegende Neustrukturierung und einen die unterste mögliche Grenze erreichenden Rückgang des Warenaustausches zur Folge.

In den zwanziger Jahren hatten sich die ökonomischen Beziehungen in einer gewissen Unabhängigkeit von den politischen entwickelt. In den dreissiger Jahren schien Europa unaufhaltsam von dem Gravitationsfeld des vergangenen Krieges dem Gravitationsfeld des kommenden Krieges zuzugleiten; die Wirtschaftsbeziehungen werden zum Spiegelbild der wachsenden politischen Spannungen. Für die ökonomische Spannung in Mitteleuropa wurde das tschechoslowakisch-ungarische Verhältniss zum Ventil. Nach dem misslungenen Versuch, Österreich und Deutschland in einer Zollunion zusammenzuschliessen, sah die tschechoslowakische Regierung ein, dass der Kampf um Mittel- und Südosteuropa in eine neue Phase eingetreten war, in der ökonomischen Mitteln eine grosse Bedeutung zufallen würde. Sie beteiligte sich sehr aktiv an den Reorganisationsvorhaben des Tardieuplans. Als dieser gescheitert war, orientierte sie sich unmissverständlich und zum Nachteil Ungarns auf ihre Verbündeten in der Kleinen Entente. Die sich voll für kollektive Sicherheit einsetzende tschechoslowakische Aussenpolitik unternahm immer wieder Versuche, zu einer tragfähigen Neugestaltung der Verhältnisse zu gelangen (z. B. der Hodža Plan mit seinen Varianten), allerdings erfolglos. Ohne Erfolg blieb übrigens auch Ungarn mit seinem Versuch, in Mittel- und Südosteuropa einen Agrarblock zu schaffen.

Den neuen Handelsvertrag unterzeichneten beide Länder im Jahre 1936 als profilierte aussenpolitische Gegenspieler, die sich nach dem Antritt des deutschen Faschismus endgültig in die konkurrierenden europäischen Machtblöcke der Nachkriegszeit eingliedert hatten. Eben diese Tatsache, deren aussenpolitische Aspekte und Auswirkungen sind bekannt, stellt die einleuchtende Erklärung für die anscheinend absurden Tendenzen dar, die in dem wirtschaftspolitischen Verhältniss zweier Nachbarstaaten zum Durchbruch kamen, und dies trotz guter Kommunikationen, trotz bester Voraussetzungen für einen umfangreichen gegenseitigen Warenaustausch und trotz einer traditionsreichen Erfahrungsbasis.

Die in der Mitte der dreissiger Jahre einsetzende Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft beider Länder war eine Folge der Wiederbelebung des Weltmarktes als Reaktion auf die Rüstungskonjunktur. Der Konflikt zwischen den Interessen der tschechoslowakischen Agrar- und Industriekreise dauerte fort. Die Umorientierung der Handelskontakte, vor allem auf andere Bezugsquellen für industrielle Rohstoffe als die Devisenländer des Westens, ging nur sehr langsam vor sich. Auch die Abhängigkeit von dem Goldblock belastete die tschechoslowakische Handelspolitik, deren Handlungsfreiheit überdies unter veralteten, der Zeit des Freihandels verhafteten Vorstellungen litt, eine aktive Bilanz, das Alpha und das Omega des Aussenhandels. Unter diesem Gesichtspunkt erschienen den für die Handelspolitik der CSR Verantwortlichen der Clearingverkehr als ein notwendiges Übel; sie verstanden es nicht, seine Vorteile zu nutzen, die allerdings in Hinblick auf die tschechoslowakische Produktions- und Exportstruktur nicht so gross sein konnten wie z. B. im Falle Deutschlands. Die Tschechoslowakei kam um ihre Märkte nicht nur der objektiven Schwierigkeiten wegen, die in ihrer Wirtschaftsstruktur begründet waren, sondern auch wegen der Unfähigkeit – Ausnahmen bestätigen die Regel – der verantwortlichen Wirtschaftler, Politiker und der vielen Teilnehmer des Aussenhandels, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Zum Unterschied von den Gestaltern der Regierungspolitik unterschätzten die Wirtschaftskreise grösstenteils die Bedeutung der ökonomischen Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Südosteuropas, trotzdem das Ringen um

diese nächstgelegenen Märkte vor ihren Augen in die entscheidende Phase eingetreten war und für das politische Schicksal der Tschechoslowakei entscheidend werden sollte. Eine solche Wirtschaftspolitik war der Ausdruck des nationalistischen Provinzialismus der nur auf sich bedachten tschechoslowakischen Grossbourgeoisie und wirkte sich schädlich auf die intensiven aussenpolitischen Bemühungen der CSR um kollektive Sicherheit und zum Erhaltung des Status quo in Donauraum aus. Die Wirtschaftsspitzen, vor allem die des Agrarbereiches, nutzten ihren Einfluss, um diese Pläne zu vereiteln.

Die ungarische Wirtschaft nahm an dem den Krisenjahren folgenden Aufstieg teil und profitierte auch an den steigenden Weltpreisen für Agrarprodukte. Das neue finanzpolitische Konzept, der Zusammenbruch der Credit-Anstalt und die Repatriierung der Auslandsanleihen bewirkten eine weitgehende Abwanderung des ausländischen Kapitals, das aber Mitte der dreissiger Jahre wieder zurückzuströmen begann; es war vor allem reichsdeutsches Kapital, das in der ungarischen Wirtschaft wichtige Positionen einnahm.

Mit seiner Währungspolitik und Vorgangsweise gegenüber den ausländischen Gläubigern schien Ungarn die deutsche Taktik nachzunahmen, mit der faktischen (nicht offiziellen) Devaluation folgte es dem Sterlingblock. All das förderte den Aussenhandel, der — vor allem auf der Exportseite — zu wachsen begann. Sein wesentlichen Teil wurde im Clearingverfahren abgewickelt, die Exportstruktur erfuhr eine tiefgreifende Änderung. Die Einschränkung des Konsumgüter- und die Begünstigung des Rohstoff- und Halbzeugimportes wurden nicht mit vordringlichen Zielsetzungen der Aufrüstung, sondern mit der Notwendigkeit begründet, eine vom Ausland unabhängige Wirtschaft aufzubauen. Die Differenziertheit der Handelsregime gegenüber den übrigen Staaten ermöglichte wenigstens einen teilweisen Abbau des im Handel mit Deutschland unaufhaltsam wachsenden Clearingüberhanges. Den entscheidenden Anteil am ungarischen Aussenhandel hatten Deutschland, Österreich und Italien; der österreichische Anteil ging sehr rasch zugunsten des Reiches zurück. Im Jahre 1936 entfielen auf die genannten drei Länder mehr als 50 % auf der Import- und beinahe 50 % auf der Exportseite des ungarischen Aussenhandels. Dem auf Schachts „Neuen Plan“ gestützten Handel mit Deutschland passte sich die ganze ungarische Wirtschaft an. Der Clearingüberhang zwang zu unrationellen Einkäufen deutscher Waren und die Abhängigkeit vertiefte sich in besorgniserregendem Masse. Es fehlte nicht an warnenden Stimmen. Sie kamen aus den anglophilen Kreisen des Horthyregimes, denen die germanophile Politik nicht genehm war. Das Bestreben, die Zugehörigkeit zur britischen Einflusphäre zu bewahren, war ein wichtiger Zug der ungarischen Politik in der Zwischenkriegszeit. Es gab auch Versuche, den Einfluss Deutschlands abzuschütteln. Die Wiederkehr Grossbritanniens auf die Märkte Mitteleuropas stärkte den hinter diesen Versuche Stehenden das Rückgrat. Doch waren alle Ansätze solcher Art angesichts der politischen Gegenheiten und wirtschaftlichen Verpflichtungen zum Scheitern verurteilt. Trotzdem kam es in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre zu einer beachtlichen und devisenintensiven Ausweitung des Warenaustausches mit Grossbritannien.

Die in der CSR und Ungarn wirkenden handelspolitischen Trends, ihre Bedeutung für die Erzeugung des Nationaleinkommens und die Erreichung der aussenpolitischen Ziele sind nur in allgemeinen Zügen vergleichbar. Das Volumen des Warenaustausches war sehr verschieden, wie es bei der von der Struktur und dem Umfang her völlig unterschiedlichen Leistungsfähigkeit beider Wirtschaften und dem Stellenwert dieses Warenaustausches im ökonomischen Gesamtbild der CSR und Ungarns auch nicht anders möglich war. Trotzdem wollen wir einen Vergleich wagen. Unser Studium führte uns zu einer interessanten, wenn auch nicht grundsätzlich bedeutsamen Feststellung. Es scheint, dass die ungarische Wirtschaftspolitik dem Ausland gegenüber nach Massgabe der vorhandenen Möglichkeiten in mancher Hinsicht elastischer und effizienter war als die tschechoslowakische. Sie entsprach nämlich weit mehr den Intentionen der ungarischen Regierung. (Diese Feststellung darf uns allerdings nicht die Fraglichkeit und Gefährlichkeit dieser Intentionen vergessen lassen; sie bedrohen auf längere Sicht nicht nur die Nachbarstaaten, sondern auch Ungarn selbst.) Die Ungarische Regierung stand also weder unter wirtschaftlichem Zwang, noch gab es für sie einen politischen Beweggrund, den Zollkrieg mit der CSR unter ungünstigen Bedingungen zu beenden. Sie konnte den chavimistischen Tendenzen des ökonomischen Isolationismus gegenüber der CSR freien Lauf lassen und abwarten, bis die

an Kontakten mit Ungarn interessierten tschechoslowakischen Wirtschaftskreise, vor allem die Industriellen, selbst auf die Normalisierung drängen würden. Sie hatte weder politische noch wirtschaftliche Gründe, sich auf mitteleuropäische Kollektivpläne einzulassen. Trotz des wachsenden Warenaustausches nach dem Abkommen vom 14. 6. 1935 und der Unterzeichnung des Handelsvertrages von 1936 erreichte der Umsatz nicht die in den Jahresplänen vorgesehene Höhe. Der CSR-Export war grösser als die Importe aus Ungarn, doch war der Aktivsaldo des überwiegend im Clearingverfahren abgewickelten Warenverkehrs eher eine Belastung. Eingefrorene Forderungen verlängerten die Zahlungsfristen schränkten die tschechoslowakischen Exportleistungen ein. Ungeachtet aller Vereinbarungen ging der Exportanteil der Industriewaren zurück; hingegen stieg der Anteil von Rohstoffen und Halbfertigprodukten, im Jahre 1937 lag er über 70 $\frac{0}{10}$. Die ungarischen Exporte in die CSR bewahrten ihren agrarischen Charakter, dabei ging aber der Getreideexport merklich zurück. Bei Schlachtvieh stieg der ungarische Anteil sogar auf Kosten der verbündeten Mitgliedsländer der Kleinen Entente. Für diese Warenposition wurde Ungarn zu einem der wichtigsten Auftragnehmer der CSR. In den Jahren 1933 bis 1937 bezog die CSR aus Ungarn wachsende Rohstoffmengen, trotzdem konnte auch die ungarische Industrie ihren Platz im CSR-Import behaupten. Der Schluss des Zollkrieges ermöglichte höhere Umsätze, doch brachte er keine Abkehr von den inzwischen eingetretenen Umstrukturierungen des Warenaustausches. Der Export tschechoslowakischer Industriewaren stellte nur einen Bruchteil der in den zwanziger Jahren erzielten Leistungen dar.

Eine markante Veränderung war in der Reihung beider Länder im Gesamtaussenhandel des jeweils anderen Partnerstaates eingetreten. Knapp vor Vertragskündigung stand Ungarn im Handel der CSR mit den Nachfolestaaten an zweiter Stelle, also noch weit vor den Mitgliedsländern der Kleinen Entente. In der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre ging sein Anteil zurück. Das gleiche gilt auch in umgekehrter Richtung. Im Jahre 1938 rückten im ungarischen Import Deutschland, Österreich, Italien und Rumänien vor die Tschechoslowakei. Im tschechoslowakischen Import stand Ungarn an sechster Stelle, hinter Deutschland, Österreich, Italien, Grossbritannien und Rumänien. Der ungarische Aussenhandel war, entsprechend der politischen Orientierung, auf andere Länder ausgerichtet als auf die Tschechoslowakei.